

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 17 (1976)
Heft: 12

Artikel: Sacharow und Berlinguer
Autor: Brügger, Christian
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1094700>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Korruption ohne Schlagzeilen

Die wirkliche oder angebliche Korruption des bürgerlichen Regimes und seiner Vertreter ist ein ganz grosses Thema im jetzigen italienischen Wahlkampf und schon längst zuvor. Enthüllungen und Skandale werden über alle Medien allen Bewohnern des Landes plakatiert zur Kenntnis gebracht. Und die implizierte bis explizierte Schlussfolgerung aus dieser summierten Anprangerung ist die summarische Logik: Zu diesem korrupten System der Bourgeoisie braucht es die Alternative des (kommunistischen) Sozialismus.

Dabei ist es keineswegs so, dass diese Alternative, die auf regionaler Ebene ja durchaus Behörden stellt, etwa von Korruption frei wäre. Hingegen ist sie von der Ausschlichtung dieser Thematik durch ihre Gegner frei. Es gilt als anrüchlich bis gefährlich, Skandalberichte über KPI-Mitglieder oder Sympathisanten in die Öffentlichkeit zu tragen oder gar an die grosse Glocke zu hängen. Wo solches zaghaft versucht wird, bricht seltsamerweise der Skandal umgekehrt

«Der Faschismus von morgen wird niemals sagen: ‚Ich bin der Faschismus.‘ Er wird sagen: ‚Ich bin der Antifaschismus.‘»

Ignazio Silone 1945 (zitiert in «Weltwoche», Zürich, 26. 5. 1976).

aus. Man empört sich nicht über den Bestechungsfall oder was immer es sei, nein, man empört sich über die Bekanntmachung als ein schmutziges Bestreben, den Fortschritt zu diskreditieren. Und man spricht von faschistischen Machenschaften. Und weil jedermann sich vor dieser Etikettierung fürchtet, bleibt die heile Welt der Alternativkräfte erhalten, soweit es ihr öffentliches Image angeht. Für ungefähr jeden, der öffentlich mitreden will, gilt es als ebenso unanständig, von der kommunistischen Korruption zu reden wie von der bourgeoisen Korruption nicht zu reden.

Dabei ist es nicht so, dass Informationen über Affären um KPI-Mitglieder objektiv nicht erhältlich wären; der Systemwechsel hat schliesslich noch nicht stattgefunden. Aber sie dürfen politisch keine Wellen werfen; die Tabus der Mentalität bestehen bereits.

Beispiele für Korruption in den kommunistisch verwalteten Gebieten Italiens gibt es also.

- In Teramo mussten zwei kommunistische Mitglieder der dortigen Behörden verhaftet werden. Dr. Pietro Battaglia und Franco Costantini hatten sich unter Missbrauch ihrer Aemter als Bürgermeister und Adjunkt der passiven Bestechung schuldig gemacht. Sie erteilten einem Geschäftsmann namens Pietro Macera eine Baubewilligung gegen ein Schmiergeld von 100 Millionen Lire. Weil ein Tonband über die Abschlussverhandlungen existiert, ist die Sache beweiskräftig. Die beiden Angeschuldigten machten denn auch nur geltend, dass sie keine persönli-

chen Bereicherungsabsichten verfolgt hätten; das Geld sei für die Parteikasse bestimmt gewesen.

- In Cartone hat ein gewisser Aldo Sama in einer ähnlichen Affäre Klage gegen kommunistische Mitglieder der Gemeindeverwaltung erhoben. Diesmal hätte einer Baubewilligung angeblich mit 10 Millionen Lire nachgeholfen werden sollen. Anzumerken ist, dass der Geschädigte ebenfalls der KPI angehört.

- In Rom hat der Staat gegen den Geschäftsmann Camillo Crociani wegen Veruntreuung staatlicher Gelder und politischer Korruption Klage erhoben. Crociani ist deklariert KP-Sympathisant und pflegt angeblich enge Beziehungen zur sowjetischen Botschaft.

Diese Beispiele beweisen, für sich genommen, vorerst nur, dass auch Kommunisten zu den Menschen gehören, die den Versuchungen in einflussreichen Stellungen nicht widerstehen können. Was normal ist. Nicht normal hingegen ist, dass diese Normalität im öffentlichen Bewusstsein nicht registriert wird, dass die Ausschlichtung von Korruptionsskandalen — ob sie nun zu den Tugenden oder Untugenden des publizierenden Bürgers gehöre — eine Sache ist, die nur einseitig funktioniert. Als ob es schon eine Zensur geben würde. Aber die Bereitschaft zur Selbstzensur wird dort wie anderswo die Einführung der Zensur erleichtern. Noch ist es bloss Konformismus, wenn man gegen die als massgeblich erachteten Strömungen der Zeit nicht aufzumucken wagt; bald wird es Botmässigkeit sein.

Viel grösser als bei Individualfällen ist die politische Implikation der Korruption dort, wo die KPI als Institution geschäftet, mit Provisionen aus der gleichen Quelle, die auch den KGB speist (siehe Seite 6). Das gehört nicht mehr zu den Zweideutigkeiten, sondern schon wieder zu den Eindeutigkeiten der Anti-Korruptionskampagne der KPI. cb

Sacharow und Berlinguer

In einem Interview für die Turiner Zeitung «La Stampa» hat Andrej Sacharow seine Sympathie zu Enrico Berlinguer und die politische Linie der KPI bekundet. Bedeutet das, dass uns die gute Sache der italienischen Kommunisten sogar von der sowjetischen Dissidenz beglaubigt wird?

Die Frage lässt sich nicht beantworten, solange sie im hiesigen Kontext gestellt wird, den Sacharow ausgesprochen nicht meinte. Er hat seine Sympathie nicht in der Alternative zur westlichen Demokratie ausgedrückt, sondern in der Alternative zur sowjetischen Diktatur. Und wenn es um den Gegensatz zwischen dem verkündeten Communismo a l'Italiano und dem sowjetisch gehandhabten Sozialismus geht, ist die Präferenz Sacharows natürlich leicht zu verstehen. Das ist kein Grund für uns, es darauf ankommen zu lassen, dass sich auch in Westeuropa die Alternative nur noch so stellt.

Sacharows Ausführungen bezogen sich auf den 25. KPdSU-Kongress vom Februar dieses Jahres

«Die Tatsache, dass die Marxisten-Leninisten in mehreren Ländern anstelle des Ausdrucks ‚Diktatur des Proletariats‘ andere Ausdrücke brauchen wie ‚Herrschaft‘ oder ‚politische Macht der Arbeiterklasse‘, ändert am marxistischen Sinn des Grundprinzips nichts.»

«Sowjetskoje gosudarstwo i pravo»,
Moskau, Nr. 1/1976

und auf jenen Fächer an Auffassungen, der sich aus den Voten der verschiedenen Delegierten ergab. Und in diesem gegebenen Rahmen spricht sich der Friedensnobelpreisträger für die Positionen des Eurokommunismus aus. Auch so übrigens nicht ohne Vorbehalte bezüglich ihrer Glaubwürdigkeit. Diese zweifelt er bei der französischen KP stärker an als bei der italienischen.

Die Rede Berlinguers auf dem sowjetischen Parteitag habe, so sagt Sacharow, zwar viele der rituellen Formeln enthalten, die auch die Reden der andern Gastdelegierten gekennzeichnet hätten, aber die Substanz sei doch eine andere gewesen, vor allem wenn man das Referat Breschnews zum Vergleich heranziehe. Der entscheidende Unterschied liegt laut Sacharow in Berlinguers Feststellung, «die Arbeiterklasse könne und solle ihre Funktion in einem pluralistischen und demokratischen System erfüllen».

Und Sacharow fährt fort: «In diesem Unterschied sehe ich eine Kritik am sowjetischen System und eine wenigstens indirekte Unterstützung der Auffassung jener, die hierzulande als Dissidente gelten und schon lange betonen, dass unsere Gesellschaft, die seit 60 Jahren auf Terror beruht, weder pluralistisch noch demokratisch ist.»

Es ist also durchaus eindeutig, womit Sacharow sich solidarisiert, wenn er sagt, seine Auffassungen kämen den Auffassungen Berlinguers sehr nahe. Es geht um die Ablehnung des Sowjetsystems, die er bei Berlinguer impliziert — oder unterstellt.

Wobei es offenkundig ist, dass diese Unterstellung im Interesse der sowjetischen Dissidenten liegt. Man nennt sie Verbündete des ausländi-



Andrej Sacharow: Solidarität womit?

schon Klassenfeindes, wenn sie die Forderung nach Abschaffung der einheimischen Diktatur erheben. Da kommt es ihnen noch so gelegen, wenn sie dartun können, dass sie gerade in dieser Forderung die Verbündeten der anerkannten ausländischen Genossen sind. Sie haben jeden Grund, Berlinguers angekündigten «demokratischen und pluralistischen» Sozialismus als echtes Anliegen zu propagieren, sogar dann, wenn sie ihn selber nicht zum Nennwert nehmen sollten. Im sowjetischen Kontext drängt sich diese Argumentation für die Dissidenz auf.

Bei dieser Sachlage ist es erst recht bemerkenswert, dass auch Sacharow betont, der Eurokommunismus werde die Echtheit seiner Linie noch zu beweisen haben. Als Beispiel nimmt er hier allerdings vor allem die französische KP, deren Wendung zu abrupt gekommen sei, um schon als definitiv und nicht bloss als Taktik glaubhaft zu sein. Falls sich die neue Linie als echt und dauerhaft erweise, könne sie allerdings für die kommunistische Weltbewegung von grosser, ja von geradezu revolutionärer Bedeutung sein.

Aber für uns bleibt der Unterschied im Kontext zu beachten: Die sowjetischen Dissidenten haben Demokratie und Pluralismus zu gewinnen, wenn der Test für die kommunistische Weltbewegung positiv verläuft; wir haben Demokratie und Pluralismus zu verlieren, wenn er negativ verläuft.

Gerade der Fall der sowjetischen Dissidenz macht übrigens klar, dass der unterschiedliche Kontext zur Bewertung des Eurokommunismus auch für die sowjetischen Machthaber gilt.

In der internationalen Arena kann ihnen eine gewisse Arbeitsteilung nur recht sein. Wenn die Genossen in Italien dank einem Image von Pluralismus und Selbständigkeit an die Macht kommen können, um so besser in der Hauptsache. Natürlich bleibt die misstrauische Frage bestehen, ob wirklich nur die Andeutungen von Unbotmässigkeit gegenüber dem «Zentrum» als Taktik zu verstehen seien und nicht vielleicht gar die gleichzeitigen Bekundungen von Verbundenheit mit der KPdSU.

Aber im Kreml kann man ja immer damit rechnen, unerwünschte Entwicklungen in den Bruderparteien auch nachträglich in den Griff zu bekommen, und mittlerweile braucht man sich zum Beispiel über das voraussichtliche Ausmass an Pluralismus bei einem Eurokommunismus an der Macht tatsächlich gar nicht so grosse Sorgen zu machen.

Wenn ein Berlinguer in Aussicht stellt, dass die KPI den andern «Volkskräften» und «demokratischen Kräften» eine gleichberechtigte Teilnahme an der Politik zugestehen werde («Prawda», 27. 2. 1976), so verspricht er ja nicht einmal mehr, als seinerzeit ein Gottwald versprochen hat. Und weil die KPI schon jetzt ihren Gegnern den Volkscharakter und den demokratischen Charakter abspricht (wer gegen die Kommunisten ist, hat ein «Faschist» zu sein, basta), verspricht Berlinguer eigentlich jetzt schon, dass er keine politische Gegnerschaft zum neuen System dulden werde. Und Marchais drückt sich im Grunde genommen vollends im Klartext aus, wenn er die Gleichberechtigung jenen Parteien einräumen will, «die am Aufbau des Sozialismus interessiert sind» («Prawda», 29. 2. 1976).

Nein, wenn *das* die «Abweichungen» des Eurokommunismus sind, braucht man sich im Kreml für die sozialistische Zukunft Westeuropas keine so grossen Sorgen zu machen; nicht anders hatte die Zukunft auch in Osteuropa begonnen. Und das Fallenlassen von Ausdrücken wie «Diktatur des Proletariats» besagt an sich noch gar nichts; da hat «Sowjetskoje gosudarstwo i pravo» (siehe Kasten Seite 7) vollkommen recht.

Echtere Sorgen als mit der Zukunft der proletarischen Diktatur hat Moskau zweifelsohne mit der Zukunft des proletarischen Internationalismus, worunter es seine Vorherrschaft im sozialistischen Lager versteht. Aber Italien ist ja nicht China, und bis es zu einem zweiten Jugoslawien wird, ist das erste vielleicht schon wieder eingemeindet.

Alles in allem haben die Sowjets mehr Gründe, in Westeuropa mit dem Eurokommunismus zufriedener als unzufriedener zu sein.

Anders sieht die Sache freilich im eigenen Land und im eigenen Lager aus. Wenn das eurokommunistische Image im Westen zum Einschläfern der Feinde nützlich ist, so ist es im Osten ein Schadstoff, der sowohl die staatsbürgerliche als auch die zwischenstaatliche Disziplin untergräbt. Innenpolitisch bieten die sogar angeblichen Ideen des Eurokommunismus der demokratischen Opposition unangenehme Anhaltspunkte, und ausserpolitisch geben sie Ländern wie Jugoslawien und Rumänien Gelegenheit zum Schulterchluss innerhalb der internationalen kommunistischen Bewegung, wenn sie auf nationale Souveränität pochen.

Mit dem Eurokommunismus verhält es sich für den Kreml ganz ähnlich wie mit der KSZE. Man wünscht ihre Wirksamkeit im feindlichen Aus-

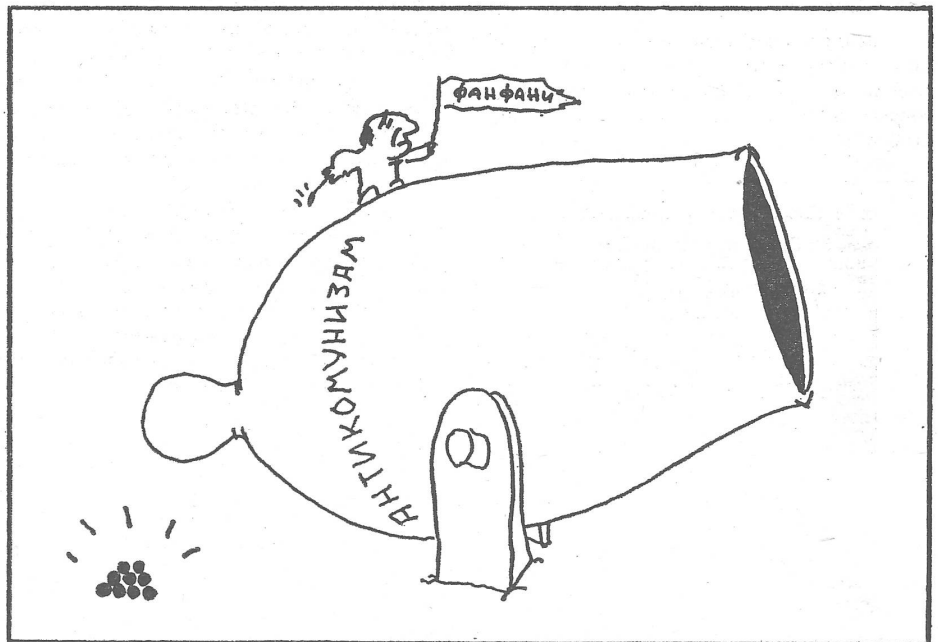
land, fürchtet sie aber im eigenen Lager und im eigenen Haus. Die dialektische Lösung des Problems besteht natürlich darin, sie dort zu fördern, wo man sie braucht, und dort zu hemmen, wo man sie nicht braucht.

Der Eurokommunismus präsentiert sich auch nicht anders. Er ist dem Kreml gleichzeitig eine echte Hilfe und ein echter Aerger; es kommt nur darauf an, wo.

Nun, wir leben im Westen. Hier, wo der Eurokommunismus dem Kreml nützlich ist. Und gesetzt selbst, das würde sich gemäss oder entgegen der Absicht der heutigen Eurokommunisten à la longue als falsch erweisen, weil der häretische Klassenfreund tatsächlich bösartiger ist als der gefügige Klassenfeind: was hätten wir davon, unter einer jugoslawischen bis albanischen Diktatur zu leben, die der Moskauer Dominanz widerstehen würde? Die Moskauer Hegemonie wäre angeknackt, unsere Demokratie aber vernichtet.

Sogar eine restlose Echtheit des «Gegensatzes» zwischen Eurokommunismus und Sowjetkommunismus würde keine Beglaubigung für die Echtheit der «pluralistischen Demokratie» bedeuten, die man ja auch in der KPI oder in der KPF nur als Freiheit versteht, an den eigenen Parteizielen auch unter anderem Parteietikett mitzuarbeiten.

Unterdessen könnten wir eigentlich von den Sowjets lernen und ihre eigene Dialektik richtungsverkehrt anwenden: Bekämpfen wir den Eurokommunismus hier, fördern wir ihn dort. Unterstützen wir Sacharow mit Berlinguer, aber hüten wir uns, Berlinguer mit Sacharow zu unterstützen. Das wäre nicht nur taktisch falsch, sondern auch inhaltlich. *Christian Brügger*



Eine Karikatur von «Pobjeda», Titograd, 15. 5. 1976: Fanfani hat für seine grosse alte Kanone des Antikommunismus keine taugliche Munition mehr.

Sowohl in Jugoslawien wie auch in Rumänien gilt die Sympathie für den Eurokommunismus keineswegs seinem angeblichen Aspekt von pluralistischer Demokratie, sondern ganz ausgesprochen seinem «polyzentristischen» Image. Dieses lässt sich unbeschadet um das Ausmass seiner Echtheit als Unterstützung im Kampf gegen Moskaus Hegemonialanspruch verwenden. Für die «Klassenkampfsituation» hingegen gilt die klassische Parteinahme.